

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Hans Friedl

Abg. Martin Böhm

Abg. Ursula Sowa

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Sebastian Körber

Präsidentin Ilse Aigner: Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mehr Wohneigentum für Bayern (Drs. 18/25685)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Hans Friedl das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Damen und Herren aus dem Kabinett, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Dringlichkeitsantrag heute lautet: "Mehr Wohneigentum für Bayern". – Wer in den letzten Wochen und insbesondere in den letzten beiden Tagen die Presseberichterstattung verfolgt hat, wird gelesen haben, dass die Mieten wieder steigen. Der Anstieg der Preise für das Bauen macht das Schaffen von Wohneigentum für viele unmöglich. Daneben schlägt das Ende der Null-Zins-Phase mit ständig steigenden Hypothekenzinsen zu Buche. Hier konnte man im ablaufenden Jahr quasi eine Verdreifachung der Zinsen auf über 4 % beobachten. Auch die im Moment galoppierende Inflation ist der Entwicklung der Preise nicht sonderlich zuträglich, wenn man es einmal so formulieren mag. Das Ergebnis dieser Faktoren ist, dass nicht nur in den Ballungsräumen die Mieten steigen, sondern jetzt auch auf dem Land, gerade da. Gerade auf dem Land war es aber bisher einfacher, sich den Traum von der eigenen Immobilie zu verwirklichen. In großen Flächenländern wie Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern stiegen die Angebotsmieten im letzten Quartal um fast 10 %.

(Allgemeine Unruhe)

– Ich kann auch aufhören, bis die Einzelgespräche beendet sind, dann mache ich weiter.

In Metropolen wie Düsseldorf, Leipzig oder Berlin sind sie im Mittel um 7 % angestiegen, in München nur um 3,5 %. Doch der Schein trügt. In München waren die Mieten höher als sonst wo in der Republik. In München war es ein Ritt auf dem Pulverfass,

und das schon vor der neuen Entwicklung. Die eben genannten Zahlen basieren auf der Auswertung von rund 1,5 Millionen Mietangeboten in den gängigen Internetportalen durch das Institut der deutschen Wirtschaft. Sie alle kennen die Überzeugung der FREIEN WÄHLER: Es gilt, die Wohneigentumsquote als einen wichtigen Baustein der Alterssicherung zu erhöhen, um damit der Altersarmut entgegenzutreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Uns allen hier ist doch bekannt, dass die Wohneigentumsquote im Bund und auch in Bayern im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ist. In Deutschland liegt sie bei rund 46 %, in Bayern bei rund 51 %. In Ländern der EU wie Rumänien liegt sie bei 96 %, in Litauen bei 90 % und in Griechenland bei 73 %. Wir haben da gewaltigen Aufholbedarf.

Die Unstetigkeit, die die Ampel bei Förderprogrammen an den Tag legt,

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: So ist es!)

ist hier eher kontraproduktiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Haben die Bürger und Bürgerinnen nicht das Recht auf Verlässlichkeit des Staates? – Gleichzeitig kann man in der Baubranche einen Effekt beobachten, der sich auf die Wirtschaft und damit auf die Leistungskraft Bayerns auswirken wird. Die Auftragsbücher sind zwar noch voll, aber nur noch kurze Zeit, dann bricht die Baubranche ein. Stornierungen nehmen schon jetzt zu, und zwar wegen der, wie ich eingangs schon sagte, Explosion der Baupreise und der steigenden Zinsen. Deshalb gilt es, kurzfristig zu evaluieren, in welcher Art und Weise der Freistaat dem sozialen Dilemma und dem drohenden Einbruch der Bauwirtschaft entgegenzutreten kann.

Gleichzeitig muss man attestieren, dass ein Ziel des Bundes, nämlich 400.000 Wohnungen zu bauen, weit verfehlt wird. Na gut, man könnte sagen, es dauert einfach, bis

sich ein solches Programm etablieren kann, noch dazu in einem schwierigen Umfeld. Wir können hier aber nur feststellen, dass wir im Moment auf der Stelle treten. Vielleicht können wir es in Bayern besser, und das gilt es herauszufinden und dann entsprechende Zuschussprogramme auf den Weg zu bringen. Deshalb stellen wir heute den Antrag mit dem Titel "Mehr Wohneigentum für Bayern". Lassen Sie uns herausfinden, wie wir besser werden können, für eine soziale, liberale und wirtschaftliche Zukunft in Bayern. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Böhm das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege, zwei Bemerkungen dazu. Zum einen erwähnen Sie die 96-prozentige Eigentumsquote in Rumänien. Die rührt natürlich daher, dass dort eine Unzahl Kleinstwohnungen in unvorstellbar großen Wohnblocks privatisiert worden ist. Wir dürfen uns nicht blenden lassen und denken, in Rumänien hätte jeder seine eigene Immobilie in dem Sinne, was wir darunter verstehen.

Ich möchte noch auf ein anderes Thema eingehen. Sie regieren hier gemeinsam mit der CSU und diese hatte Verantwortung für die Baupolitik in den dunklen 16 Merkel-Jahren. Da muss man einfach konstatieren, in der laufenden Verschärfung der Energieeinsparverordnung liegt eine der Wurzeln unseres Problems, was die Schaffung von Wohnraum angeht. Genau dadurch ist Bauen so teuer geworden, genau deswegen können sich viele Menschen hier in Bayern und in Deutschland kein Wohneigentum mehr leisten. Welche Ideen haben Sie, um diese Verordnungen zu verschlanken? Was können Sie dazu Positives beitragen?

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Böhm, hier meine Antwort auf Ihre letzte Frage: Wir stellen den Antrag deshalb, damit wir gemeinsam mit der Staatsregierung Entsprechendes auf den Weg bringen. Da kann ich mir zum Beispiel vorstellen, dass wir eine Wohneigentumsmilliarde auf den Weg bringen. Das ist das eine.

Wenn Sie sagen, 96 % Eigentumsquote in Rumänien, und fragen, warum sind wir in Deutschland so sehr abgesackt: Das liegt wohl daran, dass man in Zeiten der Koalition, die von der SPD geführt worden ist, und auch später, in der Großen Koalition, großen Wert darauf gelegt hat, bestimmte Abschreibungsmodelle abzuschaffen. Ich bin schon seit über 30 Jahren in der Bauwirtschaft tätig. Ich erinnere daran: Ursprünglich gab es den § 7b zur Abschreibung, dann war es der § 10e, der abgeschafft worden ist, und zuletzt war es die Eigenheimzulage des Bundes, die auch abgeschafft worden ist, und zwar von der Großen Koalition. Wenn der Bund es nicht kann, dann werden wir in Bayern schauen, dass wir es besser machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ursula Sowa für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Wohnraum für alle, sozial, bezahlbar, vielfältig", so hätten wir gern den Titel für Ihren Antrag gehabt. Sie bleiben bei "Mehr Wohneigentum für Bayern". Der Wohnungsmarkt ist schon seit Jahren angespannt. Sie müssen selbst überlegen, ob dieser Aufruf gut in diese Zeit passt. Der Wohnungsmarkt ist nämlich so angespannt, dass die Situation für viele Menschen sogar eine existenzielle Dimension erreicht hat. Sie wissen oftmals nicht, wo sie noch sparen sollen und wie sie die steigenden Wohnkosten überhaupt noch bezahlen können.

Lieber Herr Ministerpräsident Söder, schön, dass Sie da sind, aber wissen Sie, dass in Ihrem Land Wohnungslosigkeit herrscht und wie hoch diese ist? Schätzen Sie mal die Zahl.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: In Deutschland?)

– In Deutschland, aber es gibt auch die Zahlen für Bayern. Vielleicht merken Sie es sich: Es sind 18.000, und um die sollten wir uns kümmern. Auch in unserem schönen Land Bayern ist das doch sehr tragisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Zahl der Zwangsräumungen ist im vergangenen Jahr leider horrend angestiegen, nämlich um 20 %. Das alles sind Alarmzeichen, die wir beherzigen müssen bei der Frage, wie wir Wohnraum schaffen können. Ein sicheres Zuhause zu haben, ohne Angst, es nicht bezahlen oder nicht heizen zu können, das darf auch in Krisenzeiten kein Luxus sein. Mehr Wohneigentum für Bayern? – Aus unserer Sicht ist es zu kurz gesprungen, die Diskussion allein auf Wohneigentum zu beschränken. Wir brauchen vielmehr dringend ein Maßnahmenbündel, um allen Menschen in Bayern überall bezahlbares Wohnen zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wohnen – und das richte ich ein bisschen in die Richtung der FDP – darf nicht einfach dem Markt überlassen werden. Das funktioniert niemals, wie die Beobachtungen zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Für die Wohnungen, die rentabel sind, da findet sich ein Plätzchen. Aber Wohnungen zu schaffen, die kostengünstig sind, die für Familien geeignet sind, da hapert es. Da bedarf es der Hilfe der öffentlichen Hand. Es ist so, dass wir im Bund in der aktuellen Krise die Menschen nicht alleinlassen, sondern die soziale Wohnraumförderung wurde ganz deutlich aufgestockt. Das ist ein Signal, das sich im aktuellen Entwurf Ihres Haushaltes – meine Kollegin Köhler hat es schon benannt – leider vermissen lässt.

Die Landesmittel zur Wohnraumförderung verharren trotz steigender Preise und Zinsen auf gleichem Niveau, während der Bund seine Mittel seit 2021 mehr als verdoppelt hat. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Bund!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein das Mantra "Bauen, bauen, bauen!" wird die Wohnungsfrage nicht lösen und auch die Bauwirtschaft nicht retten. Angesichts der Klimakrise und des hohen Flächenverbrauchs können wir nicht immer nur auf Neubau setzen. Nein, wir müssen schauen, wie wir umbauen können, anbauen können oder auch durch Börsen dazu verhelfen, dass Wohnraum sinnvoll genutzt wird. Gleichzeitig ist leider Leerstand zu verzeichnen, wenn wir in den ländlichen Raum schauen. Die Ortsmitten bluten nicht nur ein bisschen aus; der sogenannte Donut-Effekt wird uns beschäftigen. Hier gilt es, gezielte Anreize mit Fokus auf Innenentwicklung und Bestandserwerb zu setzen. Ganz wichtig ist das genossenschaftliche Wohnen. Das kommt in Ihrem Antrag auch nicht zur Sprache und wäre ein großer Baustein, hier Hilfe zu geben.

Wir GRÜNE – das habe ich deutlich gemacht – hätten uns einen breiteren Ansatz gewünscht, um die Wohnungsfrage zu klären; auf Wohneigentum zu reduzieren, ist uns etwas zu wenig. Aber da es sich bei Ihrem Antrag nur um einen Berichtsantrag handelt, werden wir zustimmen. Wir freuen uns auf die Debatte und werden Ihnen weitere Vorschläge unterbreiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Sowa, vorher hat der Kollege Friedl noch eine Rückfrage.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Sowa, wir von der Bayernkoalition machen keine Ankündigungen, sondern wir prüfen und machen dann. Bei uns gibt es nicht heute hü und morgen hott; wir prüfen und machen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Tim Pargent (GRÜNE): Erst habt ihr gar nichts gemacht, und jetzt kommt ihr auf die Idee zu prüfen!)

Ich erinnere nur an den 24. Januar dieses Jahres, als KfW 55 über Nacht praktisch über den Haufen geschmissen worden ist. – Frau Kollegin Sowa, aber jetzt zur Frage: Wo sind die angekündigten 400.000 Wohnungen?

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Tim Pargent (GRÜNE): Erst habt ihr gar nichts gemacht, und jetzt kommt ihr auf die Idee zu prüfen!)

Ursula Sowa (GRÜNE): Sie haben ja vorhin selber eingeräumt, dass es einfach zur Stunde nicht machbar ist und diese Anzahl nicht zu erreichen ist. Es wurde eine gehörige Anzahl erreicht,

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

aber für die Ukraine-Krise kann kein Mensch etwas. Dass da die Lieferketten nicht mehr funktionieren, wissen alle, die in der Baubranche verankert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Erst Wumms, dann Doppel-Wumms, und dann machen wir gar nichts, gell!)

Wir treffen uns wieder!

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Thorsten Schwab für die CSU-Fraktion.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein Land des Wohneigentums. Die Eigentümerquote in Bayern liegt bei 51,4 %. Deutschlandweit beträgt die Quote 46,5 %. Bundesweit ist der Anteil an Wohneigentum in den Städten, in den Ballungsräumen, geringer. Im ländlichen Raum liegt die Quote höher. Aber Wohneigentum ist ein Teil Sicherheit, ist ein Teil Altersvorsorge, und deshalb fördert der Freistaat Bayern auch die Schaffung von privatem Wohneigentum.

Die Quote des Wohneigentums steigt in Bayern und im Bund. Das ist sehr positiv zu bewerten. Wohnraum ist wichtiger denn je. Seit dem Jahr 2000 ist die Einwohnerzahl

in der Bundesrepublik Deutschland um rund eine Million gestiegen. Die Bevölkerungsentwicklung in Bayern zeigt auch ein Plus von einer Million. Das heißt unter dem Strich, dass die Zunahme der Bevölkerung in der Bundesrepublik eigentlich auf die Zunahme in Bayern zurückzuführen ist. Diese Million haben wir in Bayern, und die Menschen müssen natürlich auch irgendwo wohnen. Um wohnen zu können, brauchen wir Wohnraum. Es gibt genau drei Möglichkeiten, Wohnraum zu schaffen: Entweder müssen die Menschen, die hier sind, auf engerem Wohnraum zusammenwohnen oder wir müssen in den Ballungszentren mehr in die Höhe bauen. Die dritte Variante ist, dass wir auch in der Fläche neuen Wohnraum schaffen müssen.

Genau das, was gerade von der Kollegin Sowa erzählt worden ist, ist ein bisschen der Knackpunkt: Wir brauchen auch im ländlichen Raum Wohnraum, auch wenn das der Reduzierung des Flächenverbrauchs entgegensteht; denn diese eine Million Menschen, die in den letzten 20 Jahren zu uns gekommen sind, müssen ja irgendwo unterkommen.

Wohnraum wird aber vor allem durch Privateigentümer, durch Investoren, geschaffen. Die Baupreise sind seit 1970 enorm gestiegen, vor allem in den letzten ein, zwei Jahren. Die Zinsen haben wieder angezogen. Deswegen ist es wahnsinnig wichtig, dass Private investieren. So mancher Traum vom eigenen Wohnhaus ist in den letzten Monaten wegen der aktuellen Konjunktur und der Baupreise auf Eis gelegt worden.

Um es vorweg zu sagen: Der Staat kann das nicht alles regeln. Wir können nicht mit staatlichen Programmen alles heilen, was im privaten Wohnungsbausektor und von Investoren momentan nicht gebaut wird. Aber der Staat kann natürlich vernünftige Rahmenbedingungen schaffen. Zu diesen Rahmenbedingungen zählten auch in den letzten Jahrzehnten immer KfW-Förderprogramme. Vom Kollegen Friedl wurde schon richtig angesprochen, dass das, was der Bund über Nacht gekürzt hat, viele erschreckt hat, die Häuser geplant und mit einer Förderung gerechnet haben.

Von der Kollegin Sowa ist angesprochen worden, dass man in Altbauten investieren muss: Ja, genau diese KfW-Förderprogramme haben dazu geführt, dass viele Menschen, viele Bürger, Eigentümer, in ihre Häuser investiert haben, weil man eben auch Maßnahmen zum klimagerechten Bauen unterstützt hat. Sinnvolle Programme ohne Vorwarnzeit zu streichen, ist für viele Eigentümer und Investoren einfach tödlich. Die Menschen brauchen eine verlässliche Politik, auch von Berlin, von der Ampel. Viele fühlen sich derzeit aber nicht durch eine verlässliche Politik der Ampel regiert, sondern sie fühlen sich von der Bundesregierung verlassen. Im privaten Bereich brauchen wir verlässliche Förderprogramme für klimagerechtes Bauen und einfache Genehmigungsverfahren. In Bayern haben wir da vieles auf den Weg gebracht. Beim Bauen gibt es die Genehmigungsfiktion, damit die Baugenehmigungen schneller erteilt werden.

Die Kommunen müssen aber auch Bauland schaffen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mehr Bauland für Wohnungen brauchen. In den letzten 20 Jahren sind durchschnittlich 50.000 Menschen pro Jahr nach Bayern gekommen; daher müssen wir auch mehr in den ländlichen Raum gehen. Die Ballungsräume sind jetzt schon überlastet. In den Ballungsräumen Wohnraum zu schaffen, heißt auch, teuren Wohnraum zu schaffen. Das ist eine Chance für den ländlichen Raum.

Die Kommunen in Bayern leisten hier eine wichtige und gute Arbeit. Wir können mit Bauleitplanungen in den Kommunen vieles so gestalten, dass es auch umweltverträglich ist. Wir können dichter bauen als bisher, wir können Dach- und Fassadenbegrünungen vorschreiben, wir können vorschreiben, dass Flächen nicht versiegelt werden dürfen. Wir können verpflichtend erneuerbare Energien vorschreiben und vielleicht auch neue Dinge wie Grauwassersysteme, um gerade in trockenen Gebieten Trinkwasser einzusparen und zu reduzieren. Das wäre vielleicht auch eine Maßnahme, die in den Kommunen vorgeschrieben werden könnte. Mit einer guten Bauleitplanung und notariellen Verträgen lässt sich hier vieles regeln. Unsere Kommunen machen das. Man muss sie aber auch machen lassen.

Der Freistaat Bayern unterstützt hierbei mit vielen Handlungsleitfäden und Förderprogrammen. Hier ist vieles von der Koalition und vorher auch von der CSU-Alleinregierung auf den Weg gebracht worden. In Bayern werden jedes Jahr 316 Millionen Euro für Städtebauförderung ausbezahlt. Es gibt rund 200 Millionen Euro jedes Jahr für Dorferneuerungsprogramme. Wir müssen unsere ländlichen Räume attraktiv gestalten. Das machen wir mit Dorferneuerung, damit die Menschen auch im ländlichen Raum bleiben und dort gute Lebensbedingungen vorfinden. Mit 865 Millionen Euro wird die Wohnraumförderung jedes Jahr vom Freistaat unterstützt. Mit 150 Millionen Euro unterstützen wir kommunale Wohnraumförderung, und 38 Millionen Euro stehen für Studentinnen- und Studentenwohnungen im Haushalt.

Dafür geht ein herzlicher Dank an den Bauminister Christian Bernreiter und das ganze Team des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Das Ganze funktioniert natürlich nur, wenn es finanziell hinterlegt ist. Nachdem Albert Füracker als Finanzminister der offizielle Vertreter des Bauministers ist, geht auch ein herzlicher Dank an den Staatsminister Füracker für den gut ausgestatteten Haushalt im Bereich Wohnen, Bau und Verkehr.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen eine gute Förderung vom Freistaat. Wir brauchen verlässliche Politik vom Bund. Wir brauchen private Bauherren und Investoren. Der Antrag, der von den FREIEN WÄHLERN gestellt worden ist, gibt der Staatsregierung Gelegenheit, das, was auf den Weg gebracht worden ist, zu durchleuchten und dann zu berichten, was alles schon vorhanden ist. Tue Gutes und rede darüber! Deshalb herzlichen Dank. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Schwab, es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Böhm. – Bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Schwab, herzlichen Dank für die Ausführungen, die in weiten Teilen durchaus beachtenswert sind. Eine Frage habe ich aber schon. Sie sprechen ja, ähnlich wie viele andere Fraktionen, davon, dass wir Bauen preiswerter machen müssen. Kennen Sie die Kostenunterschiede zwischen einer Fassade und einer begrünten Fassade? Sie sprechen auch vom Gründach. Wie passen Gründach und Solardach zusammen? Wenn Sie das Hohe Haus darüber aufklären würden, wäre ich Ihnen dankbar.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das kann man nachlesen! Das ist nicht so schwer!)

Thorsten Schwab (CSU): Herr Böhm, das ist ganz einfach: Auf einem Flachdach mit einer Neigung von 1 bis 3 % kann man durchaus eine Photovoltaikanlage aufständern. Es wäre für Sie vielleicht interessant, sich mit der Thematik einmal genauer zu befassen. Das funktioniert sehr wohl. Gerade in Regionen, in denen Trockenheit herrscht, stehen wir vor der Herausforderung, dass der Boden aufgrund der Trockenheit relativ hart und versiegelt ist und Starkniederschläge ganz einfach auf der Oberfläche abfließen. Wir haben auch eine Verantwortung für die Natur. Vom Freistaat Bayern gibt es tolle Leitfäden wie "Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft". Auch Dachbegrünungen tragen dazu bei, die Folgen von Starkregenereignissen abzumildern und das Wasser zu binden. Dies funktioniert alles. All das kann man über die Portale der Staatsregierung herunterladen. Das wäre vielleicht etwas, worin man sich über Weihnachten einlesen könnte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die AfD-Fraktion der Kollege Franz Bergmüller.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die zuletzt eingereichten Dringlichkeitsanträge der FREIEN WÄHLER oder der

CSU sieht, fragt man sich eigentlich – gerade bei diesem –, was das soll. Sie fordern Ihre eigene Regierung auf, zu prüfen und zu berichten, anstatt zu handeln. Das ist doch heutzutage der Punkt.

Die Fakten: Die Baupreise sind in den letzten zehn Jahren um 50 % gestiegen. Die Baustoffproduzenten – wer sich einmal näher damit befasst, weiß das – haben die Produktion um 40 % heruntergefahren, speziell im Ziegelbau. Das hat natürlich auch etwas mit den wahnsinnigen Energiepreisen zu tun. Die Sparkassen berichten, dass kaum mehr Kredite ausgegeben werden, weil die Bürger aufgrund der Krisensituation, die zum Teil hausgemacht ist, aufgrund der unglaublichen Belastung mit Energiepreisen, Inflationsangst und Krisenangst nicht mehr bauen wollen. In meiner Nachbargemeinde haben jetzt schon 18 Bauwerber einheimischen Grund zurückgegeben und wollen nicht mehr bauen; sie haben den Termin beim Notar abgesagt.

In der Vergangenheit ist aufgrund der Bayerischen Bauordnung und des Baugesetzbuches – dazu haben wir zahlreiche Änderungsanträge eingereicht – das Bauen immer wieder verteuert worden. Wir brauchen eine Entbürokratisierung. Wir müssen beim Brandschutz wieder auf Normalmaß zurückkommen, statt immer noch etwas draufzusatteln. Wir müssen an die EnEV ran. Übrigens hat ein namhafter SPD-Funktionär aus dem Landkreis Ebersberg angeregt, die EnEV zu überprüfen und die Quartiersbeurteilung wieder mehr in den Vordergrund zu stellen.

Wir müssen also handeln und wieder die Säulen forcieren, die den Eigentumswohnbau anregen. Kollege Friedl hat die früheren Eigenheim-Förderparagrafen genannt, die natürlich Bundesgesetz waren. Man kann sie aber durch Landesgesetz ergänzen. Auf diesem Gebiet hätte ich mir konkrete Vorschläge erwartet. Wir brauchen natürlich eine starke Förderung. Die Bayerische Staatsregierung kann ja einen Vorstoß unternehmen. Unsere Anträge, die der AfD-Fraktion, zu diesen Themen sind bisher immer abgelehnt worden, zum Beispiel unser Antrag, die degressive Abschreibung im Wohnungsbau wieder auf 8 % heraufzusetzen. Eine solche Steuerpolitik hat sich immer bewährt. Das Kapital wäre ja vorhanden und könnte in den institutionellen Wohnungs-

bau einfließen. Vielerorts entstehen Eigentumswohnungen. Das Thema lautet ja, Eigenheime zu schaffen, auch wenn ich der Meinung bin, dass die Sichtweise der Kollegen auf der linken Seite viel zu kurz gegriffen ist.

Wir müssen den Mietwohnungsbau durch Änderung steuerlicher Vorschriften, durch Änderungen im Mietrecht wieder attraktiver machen. Die Schaffung von Angebot regelt auch den Preis und senkt die Mieten. Das ist eigentlich das Motto, nach dem wir heutzutage arbeiten müssen.

Der Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft, Axel Gedaschko, hat gesagt, dass wir in Deutschland nicht mehr in der Lage sind, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Er ergänzte, dass er in diesem Jahr lediglich mit dem Bau von 250.000 Wohnungen auf Bundesebene rechnen wird. Für das Jahr 2024 rechnet er nicht mit anderen Zahlen.

Wir sagen: Die Regierung muss handeln statt berichten. Das ist das Entscheidende, um schnell für die Bürger bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Ich möchte den bezahlbaren Wohnraum bzw. den sozialen Wohnungsbau kurz streifen, weil das die Kollegen auf der linken Seite auch gemacht haben. Eine Entscheidung in Deutschland haben auch der Städte- und der Gemeindetag in Bayern massiv kritisiert: Am 1. Juni wurden die ukrainischen Flüchtlinge, die vorher durchaus mit großem privaten Engagement untergebracht worden sind, mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt. Dies hat maßgeblich zum riesigen Druck im sozialen Wohnungsmarkt beigetragen. Das hätte nicht passieren dürfen; denn im Grunde genommen sollten die Leute wieder in die Heimat zurückkehren. Das ist doch unser Ziel, nicht aber, nur Anreize zu schaffen, dass sie bei uns wohnen und bleiben. Das war eine riesige Fehlentscheidung. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD spricht als Nächste die Kollegin Natascha Kohnen. Bitte schön, Frau Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): Lieber Herr Friedl, dieser Antrag ist wirklich absolut kurios. Was beantragen Sie?

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, welche Maßnahmen auf Landesebene im Rahmen der

– jetzt höre und staune man –

im aktuellen und zukünftigen Haushaltsplänen vorhandenen Stellen und Mittel ergriffen werden können, um die Errichtung von Wohneigentum in Bayern noch stärker anzuregen.

Sie sind doch auch schon länger im Landtag, Herr Friedl. Im Moment sind wir mitten in den Haushaltsberatungen. Sie haben über Weihnachten die Möglichkeit, ganz konkrete Anträge zum Haushalt zu stellen. Wir brauchen aber keine Prüfanträge.

Lieber Thorsten Schwab, du hast dich sehr bemüht, diesen Schmarren zu verteidigen und hast gesagt: Jetzt hat die Staatsregierung noch einmal die Möglichkeit, einen Bericht zu geben. Den braucht niemand. Was Ihr Finanzminister, der hier rechts sitzt, braucht, sind konkrete Anträge, konkrete Ideen der FREIEN WÄHLER. Ich habe mit Staunen gehört, dass Sie eine Wohnungsmilliarde haben wollen. Stellen Sie einen Antrag an Herrn Füracker.

(Tobias Reiß (CSU): Wir sind der Haushaltsgesetzgeber, nicht Herr Füracker!)

Das würde mich aber auch verwundern, da Sie sich in einer Koalition befinden. Normalerweise würde man erwarten, dass man in einer Koalition miteinander spricht, wenn man den Haushalt aufstellt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir sind Haushaltsgesetzgeber in einer parlamentarischen Demokratie, Frau Kollegin! Das Parlament und nicht die Staatsregierung!)

– Exakt! Deshalb sollt ihr einen Haushaltsantrag mit konkreten Ideen stellen, nicht so einen Schmarrn wie einen Berichtsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Stellt einen Antrag zur Wohnungsmilliarde; stellt einen Antrag, dass sich die Staatsregierung beim Bund für einen anderen Abschreibungssatz einsetzen möge. Wir schreiben sie für euch nicht. Wir haben eigene Ideen. Macht etwas Vernünftiges, nicht einen solchen Quatsch mit Prüfanträgen.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Friedl, fragen Sie mich jetzt bitte nicht nach den 400.000 Wohnungen in Berlin, sonst frage ich Sie nach den 10.000 Wohnungen der BayernHeim. – Okay? – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, halt! Frau Kollegin, es liegt mindestens eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Friedl vor.

Natascha Kohnen (SPD): Cool!

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Kohnen, wir arbeiten im Ausschuss sehr konstruktiv zusammen. Ich empfinde das zumindest so.

(Zuruf: Bis heute!)

– Nicht nur bis heute, sondern auch weiterhin; bis zum Ende der Legislaturperiode auf jeden Fall. Ich werde Sie jetzt nicht nach den 400.000 Wohnungen fragen. Den Gefal-

len tue ich Ihnen nicht, weil ich genau weiß, welche Frage dann von Ihrer Seite kommt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber wir, die FREIEN WÄHLER, wollen mit der CSU nicht einfach nur irgendetwas ankündigen, sondern wir wollen genau prüfen, wo wir ansetzen können.

(Unruhe)

Dann kommen wir eventuell vielleicht sogar in die Richtung, dass wir eine Wohnungsbaumilliarde brauchen, weil der Bund nicht in die Gänge kommt.

Natascha Kohnen (SPD): Herr Friedl, ich komme echt durcheinander mit den ganzen Milliarden, die Sie heute fordern. Sie haben nämlich eine Wohnungseigentumsmilliarde gefordert. Irgendjemand von der CSU-Fraktion hat kürzlich ebenfalls von einer Wohnungsmilliarde gesprochen. Mein Problem ist, dass Sie das laut Antrag geprüft haben möchten für den aktuellen Haushalt. Wie schnell soll das denn gehen? Meine Bitte an Sie ist: Machen Sie genau das, was die Aufgabe des Parlaments ist. Das hat auch Ihr parlamentarischer Geschäftsführer gesagt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist immer klug!)

Wir müssen Haushaltsanträge stellen. Tun Sie das einfach nur!

Ich bin super gespannt, was Herr Füracker zu der Wohnungseigentumsmilliarde des Herrn Friedl zu sagen hat.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Im Haushalt! – Unruhe)

– Diese vermeintliche Wohnungsmilliarde werden wir schon noch auseinandernehmen. Er spricht aber von etwas anderem.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Wir sprechen auch von gefördertem Wohnraum etc. All das steckt da drin. In Ihrer vermeintlichen Milliarde stecken übrigens auch viele Bundesmittel.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Woher kommen denn die Bundesmittel?

– Zumeist aus Bayern!)

– Wir können das gerne auseinanderfriemeln. Wir sind aber jetzt nicht in der Haushaltsdebatte. Wir diskutieren über diesen sehr inhaltsleeren Antrag, der nur etwas prüfen will.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): Ich habe den Satz des Kollegen Thorsten Schwab noch im Ohr, der gesagt hat: Das gibt der Staatsregierung die Möglichkeit, alles wieder einmal zusammenzufassen.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Natascha Kohnen (SPD): Also, echt ein Schmarrn. Macht einen Haushaltsantrag!

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist trotzdem zu Ende.

Natascha Kohnen (SPD): Schade!

(Beifall bei der SPD – Hans Herold (CSU): Gott sei Dank!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der letzte Redner in dieser Debatte ist der Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es sehr kurz machen: Ich kann mich der Kollegin Kohnen anschließen. Der Vertreter einer Regierungsfraktion stellt sich wirklich hier hin und stellt folgenden Antrag: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu prüfen". Dann kommt die Problembeschreibung. – Diese kann man übrigens jeden Tag in der Zeitung nachlesen. – Er schließt mit dem Satz: "Über die Ergebnisse ist dem Landtag zu berichten."

Die FREIEN WÄHLER scheinen in der Regierung gar nichts mehr zu melden zu haben. Das ist wirklich traurig. Mehr kann man dazu eigentlich überhaupt nicht sagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann dazu nicht mehr sagen, aber da noch Redezeit übrig ist: Schön, Herr Ministerpräsident, dass Sie wenigstens mal auf eine Tasse Tee ins Plenum kommen. Das finde ich sehr schön.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN – Ministerpräsident Dr. Markus Söder:
Alles klar!)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/25685 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER sowie der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD und der SPD sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Bayerbach (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist die FDP. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen jetzt erst zum Positiven. Es gibt positive Nachrichten. Die eine namentliche Abstimmung hat Gott sei Dank funktioniert, bevor das System abgestürzt ist. Es geht um den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der SPD betreffend "Nachtragshaushalt jetzt, Härtefallfonds endlich dem Landtag vorlegen", Drucksache 18/25760. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Mit Ja haben 54 gestimmt, mit Nein haben 96 gestimmt und Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung mit Karten über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/25684. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13:25 bis 13:30 Uhr)

Gibt es noch ein Mitglied des Landtags, welches noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird später bekannt gegeben.